



Vergesst Kopenhagen! Die Katastrophe ist schon da

Dieses Positionspapier des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Soziale Ökologie (ASSÖ)¹ will zu der Debatte um den Klimawandel, insbesondere im Bezug auf den UN-Klimagipfel in Dezember 2009 in Kopenhagen, zu einer kritischen Analyse des hegemonialen Diskurses und zur Diskussion um die Inhalte einer emanzipativen, herrschaftskritischen Gegenbewegung beitragen. In dem folgenden Text vertreten wir die These, dass von den

Klimaverhandlungen in Kopenhagen nichts zu erwarten ist. Sie sind Teil offizieller Klimapolitik, die zur Lösung des Klimaproblems auf diejenigen Marktkräfte setzt, die die sozial-ökologische Krise erst verursacht haben. Wichtig ist aus unserer Sicht nicht der Ausgang der Klimaverhandlungen in Kopenhagen, wichtig sind die Verknüpfung der Diskussion um „Umweltprobleme“ mit Herrschafts- und Kapitalismuskritik und die Entwicklung von Alternativen zur herrschenden Klimapolitik. Wir wollen – mit anderen Worten – die sich verschärfende ökologische Krise ernst nehmen, ohne darüber den systemkritischen Kopf zu verlieren. Da das Papier aus deutscher Perspektive entstanden ist, beziehen sich die meisten Beispiele auf den deutschen Kontext.

Das Thema Klimawandel entwickelte sich zu einem Dauerbrenner im staatlich-medialen Politikdiskurs. Es hat sich ein breiter Konsens gebildet, dass das Klima „gerettet“ werden muss. Im Jahr 2006 erklärte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, der Kampf gegen die Erderwärmung sei „die wichtigste Herausforderung für die Menschheit“ (Lucke 2009, 6). Die derzeitige staatliche Klimapolitik stellt dabei herrschende Interessen und Politiken nicht infrage. Kritik und Unwohlsein werden herrschaftsförmig bearbeitet. Dagegen haben wir etwas.

Mit diesem Papier wollen wir zu einer Diskussion und Positionsfindung innerhalb der Linken beitragen. Den Klimawandel und die darauf bezogene Klimapolitik stellen wir dabei in den Mittelpunkt unserer Überlegungen. Er dient zur exemplarischen Diskussion genereller Beziehungsmuster von Gesellschaft und Natur¹, die sich in der dominanten Konstruktion von Natur und dem Umgang mit ihr zeigen und in ihrer Dynamik kapitalistisch erzeugt sind. Die BUKO hat mit ähnlicher Stoßrichtung bereits in den 1990er Jahren die herrschende Nachhaltigkeitsdebatte kritisiert.² Damals wie heute geht es uns nicht darum, die herrschende Klimadebatte mit einigen kritischen Anmerkungen robuster zu machen oder dabei zu helfen, effektivere Instrumente zum Klimaschutz und im weiteren Sinne für den Umweltschutz zu entwickeln. Wir teilen stattdessen den Ausgangspunkt des Antirassismusbüros Bremen (ARAB): „Ziel ist es nicht, auf den fahrenden Zug der Eliten aufzuspringen und lediglich die drohende Apokalypse an die Wand zu malen (um dann mit Angst Politik zu machen), sondern im Klimawandel einen weiteren, nicht zu unterschätzenden zerstörerischen Ausdruck der kapitalistischen Systemlogik zu identifizieren und anzuprangern“ (ARAB 2008, 7).

Wir wollen Sichtweisen austauschen und emanzipatorische Perspektiven entwickeln, obwohl angeblich keine Zeit dafür ist. In derartigen Mahnungen zur Eile sehen wir eine immer wiederkehrende

Methode, um Herrschaft zu erhalten und zu legitimieren. Wirklich grundlegende Veränderungen müssen jedoch gemeinsam entwickelt werden und vielfältige herrschaftliche Verhältnisse infrage stellen. Die aktuellen sozial-ökologischen Entwicklungen und der zukünftige politisch-gesellschaftliche Umgang mit Natur sind zu wichtig, als sie der herrschenden Politik, den PR-Abteilungen der Unternehmen und den Medien zu überlassen.

Unsere Position unterscheidet sich also zum einen vom Alarmismus vieler linker Beiträge, die zwar die herrschenden Entwicklungen durchaus kritisch betrachten, aber meist relativ abstrakt zu „schnellem Handeln“ aufrufen. Zum anderen kritisieren wir Strategien ökologischer Modernisierung, die auch innerhalb linker Bewegungen, NGOs, Parteien und Gewerkschaften sehr verbreitet sind. Denn bei solchen Strategien geht es darum, mit den herrschenden Institutionen, westlich-naturwissenschaftlichem Wissen und effizienten Technologien grundlegende Änderungen zu erreichen. Die aus unserer Sicht notwendige Verknüpfung von „Umweltproblemen“ mit Herrschaftsfragen und Kapitalismuskritik findet hierbei nicht statt. Wir wollen die sich verschärfende ökologische Krise ernst nehmen, ohne darüber den systemkritischen Kopf zu verlieren.

Zunächst wollen wir uns im Folgenden der aktuellen Konstellation klimapolitischer Aufgeregtheit und ihrer Ursachen annähern. Anschließend analysieren wir, wie die internationale Klimapolitik und der herrschende Klimadiskurs die Krise zu regulieren trachten und stellen davon ausgehend alternative emanzipatorische Sichtweisen und Praxen zur Diskussion. Statt den Klimawandel als „globales Umweltproblem“ zu beschreiben, das sich mit Hilfe (westlicher) Technologien und Wissenschaft im Rahmen einer ökologischen Modernisierung oder eines „Green New Deals“ regulieren lässt, plädieren wir für eine Sicht auf den Klimawandel als eine Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Durch diese Perspektive werden glo-

1) Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) ist ein unabhängiger Dachverband in Deutschland, dem über 120 Dritte-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im Süden. Die BUKO versteht sich als Ort linker, herrschaftskritischer Debatten. Der seit 1977 stattfindende jährliche Kongress der BUKO ist für die Linke in der Bundesrepublik zu einer Institution geworden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische, linke Politik und Aktion stehen hier im Vordergrund.

2) Wir verwenden den Begriff „Natur“, sind uns aber der Problematik des Begriffes bewusst. Grundsätzlich meinen wir mit dem Begriff Natur keine 'natürliche' Konstante, die unabhängig von Gesellschaft besteht, sondern etwas, das durch die Gesellschaft zu einer bestimmten Vorstellung geformt wird.

3) Ähnlichkeiten zwischen der Klima- und Nachhaltigkeitsdebatte sind dabei vorwiegend auf der diskursiven Ebene zu finden. Auf materieller Ebene hingegen führt die Realität des Klimawandels, im Gegensatz zu den Folgen einer in den 1990ern oftmals abstrakt bleibenden „fehlenden Nachhaltigkeit“, die physische Bedrohung (z. B. durch ein Ansteigen des Meeresspiegels) für Menschen und ihre Lebensweisen viel klarer vor Augen.

bale Ungleichheiten und Machtverhältnisse sichtbar. Statt der Forcierung eines globalen Managements fordern wir einen grundlegenden Wandel herrschender Produktions- und Konsumformen, die erst die gegenwärtige Krise geschaffen haben.

Die klimapolitische Aufgeregtheit und ihre wirklichen Ursachen

Die Debatte um anthropogenen Klimawandel ist keineswegs so neu, wie sie heute zuweilen scheint. Dass die stetig zunehmende Freisetzung von Treibhausgasen in absehbarer Zeit erhebliche Auswirkungen auf das Klima haben würde, ist seit Ende der 1970er Jahre in wissenschaftlichen Kreisen weitgehend unumstritten. In den 1980ern setzte eine Politisierung der Klimaproblematik ein: Internationale Konferenzen (z.B. in Villach 1985 und Toronto 1988) fanden statt und endeten mit radikalen Absichtserklärungen, und beim G7-Gipfel 1989 in Paris war der Klimawandel ein Hauptthema (vgl. Missbach 1999 zu dieser Phase der Politisierung). Auch in den 1990ern genoss das Klima v.a. anlässlich der Konferenzen in Rio zu Umwelt und Entwicklung (1992), in Berlin im Rahmen der Klimarahmenkonvention (1995) und in Kyoto zur Verabschiedung des gleichnamigen Protokolls (1997) einige Wellen politisch-medialer Aufmerksamkeit.

Während in den folgenden Jahren die Aufmerksamkeit wieder abzunehmen schien, ist die Klimathematik seit dem Jahr 2006 in den Medien, in staatlicher Politik, aber auch auf Seiten der Unternehmen und NGOs dauerhaft präsent. Der Klimawandel ist spätestens seit dem G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm ein Thema, das auf diversen EU- und Weltwirtschaftsgipfeln auf der Agenda steht und mit dem in Deutschland Wahlkampf betrieben wird.

Die wesentlichen Ursachen für die Hochkonjunktur der Thematik sind zum einen der aktuelle Stand der Forschung: Im Vergleich zu früheren Berichten formulierte der 2007 erschienene vierte Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, der so genannte Weltklimarat der Vereinten Nationen) noch deutlicher, dass es im 20. Jh. eine globale Erwärmung von etwa einem dreiviertel Grad gab und dass diese größtenteils menschengemacht ist. Daneben attestierte der sogenannte Stern-Report (2006), dass sofortiger energischer Klimaschutz volkswirtschaftlich kostengünstiger ist als Nichtstun und Warten auf unkalkulierbare Schäden. Das Klima hat demnach auch aus wirtschaftlicher Perspektive Konjunktur: „Je früher Europa sich bewegt, umso größer die Chance, dass es sein Knowhow und seine Technologie zur Belebung von Innovation und Wachstum nutzen und dabei von seiner Pionierrolle profitieren kann“, schreibt die EU-Kommission in einem Anfang 2008 veröffentlichten Papier. Für effizientere und erneuerbare Technologien zum Klimaschutz, aber auch für Ideen zur Anpassung an den Klimawandel eröffnen sich riesige Zukunftsmärkte und für die Industrieländer zusätzliche Exportchancen. Seitdem die globale Finanz- und Wirtschaftskrise den politischen Diskurs dominiert, stehen zwar die Bemühungen im Vordergrund, den Rückgang der Wirtschaftsleistung zu begrenzen und wieder positive Wachstumsraten herbeizuführen. Aber auch dafür muss der Klimawandel herhalten. So soll die Krise als Ausgangspunkt zum ökologischen Umbau genutzt werden, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. In einigen Ländern wie Deutschland oder Kalifornien wird Klimapolitik mit ihren staatlichen Subventionen und flankierenden Emissionsreduktionszielen sogar unumwunden als Konjunkturprogramm ausgegeben, das auch dann funktionieren würde, wenn es gar keinen Klimawandel gäbe.

Darüber hinaus eignet sich die Klimaproblematik zur ideologisch-politischen Instrumentalisierung. Nachdem globale Missionen wie der Kampf gegen Drogen oder gegen den Terror gescheitert oder zumindest diskreditiert sind, birgt das Klima als „schützenswertes globales Gemeingut“ Potential zur Etablierung einer neuen „globalen Mission“. Unter diesem Label lassen sich international wirksame imperiale Zwangsmaßnahmen bis hin zu militärischen Interventionen rechtfertigen.

Ein weiteres Moment für die Wichtigkeit der Klima-Thematik stellen Entwicklungen im globalen Süden und deren Wahrnehmung durch die Industrieländer dar: Die Emission von Treibhausgasen durch Nicht-Industrieländer beträgt bereits heute etwa 55% der globalen jährlichen Emissionen – Tendenz steigend. So fordern die Industriestaaten mittlerweile auch vehement von Schwellenländern einen Beitrag zur globalen Emissionsreduktion zu leisten. Solche Forderungen sind ein Anzeichen für das erstarken neo-kolonialer globaler Verhältnisse.

Neben dieser Gefährdung des Weltklimas gerät zunehmend in den Blick, dass aufgrund ungleich verteilter Klimawirkungen, größerer Verwundbarkeiten und geringerer Anpassungsmöglichkeiten der Klimawandel den globalen Süden vermutlich weitaus stärker treffen wird als den Norden.

Nicht zuletzt wurde das Auftreten von Wetterextremen in nördlichen Breiten wie das Elbe-Hochwasser 2002 oder der Hurrikan Katrina in New Orleans 2005 erstmals medienwirksam in den Kontext von Klimawandel gestellt und führte in den reicheren Ländern zu dem Bewusstsein, dass Klimafolgen nichts Abstraktes sind, die ausschließlich die Zukunft oder den globalen Süden betreffen.

Wie die Krise reguliert wird: Klimadiskurs und Klimapolitik

Die Auseinandersetzung mit den vielfachen physisch-materiellen und sozialen Dimensionen von Klimawandel ist uns ein Anliegen. An dieser Stelle möchten wir uns aber besonders mit dem „offiziellen Klimadiskurs“ auseinandersetzen. Denn auch in der aktuellen Klimapolitik sind es Diskurse, die Plausibilität und Legitimität schaffen und Handeln orientieren.

Maßgeblich bestimmt wird der offizielle Klimadiskurs von den Regierungen der Industriestaaten des Nordens, Klimaforschungseinrichtungen und Wirtschaftsverbänden. Dabei wird der Klimawandel als globales Umwelt- bzw. Menschheitsproblem konstruiert, dem nur über gemeinsame Anstrengungen der Staatengemeinschaft in enger Kooperation mit der Wissenschaft, der Privatwirtschaft und der (internationalen) Zivilgesellschaft begegnet werden kann. Folglich wurden internationale Abkommen und Vereinbarungen – insbesondere die Klimarahmenkonvention von 1992, das Kyoto-Protokoll von 1997 mit Zusatzprotokollen und dessen Folgeabkommen, das im Dezember 2009 in Kopenhagen verabschiedet werden und 2011 in Kraft treten soll – geschaffen.

Zweifellos stellt der Klimawandel ein Problem globalen Ausmaßes dar, der symbolische Diskurs einer vermeintlich gemeinsamen Bedrohungslage und deren gewünschte Regulierung mit ökonomischen Instrumenten sind aber aus mindestens drei Gründen problematisch:

Erstens überdeckt die Betonung des „Gemeinsamen“ die hauptsächlich bei den reichen Industrieländern liegende Verantwortung für den Klimawandel. So werden zunehmend sogenannte Schwellenländer mit starkem Wirtschaftswachstum aufgefordert, ihren Ausstoß von

Treibhausgasen einzuschränken. Dabei werden weder die historische Schuld der Industrieländer noch deren immer noch um ein Vielfaches höheren Pro-Kopf-Emissionen hinreichend in Rechnung gestellt.

Zweitens vernachlässigt dieser Diskurs die zeitliche, räumliche und v.a. soziale Differenziertheit von sozial-ökologischen Folgen des Klimawandels. So sind eben nicht alle Menschen gleichermaßen betroffen. Vielmehr sind die Risiken – wie veränderte Niederschlagsmuster, der Anstieg des Meeresspiegels, die Austrocknung von Binnengewässern oder die Überflutung von Küstenregionen – und besonders die Verwundbarkeit¹ der Menschen sehr ungleich verteilt. Für Kleinbäuer_innen in Indien etwa stellen die Folgen des Klimawandels in Wechselwirkung mit bestehenden Problemen wie Liberalisierungspolitiken im Agrarsektor, dem hochgradig ungerechten Welthandelssystem, der Einführung von Patenten für Saatgut und Privatisierungstendenzen in der öffentlichen Dienstleistungsversorgung Existenz bedrohende Krisen dar. Währenddessen ärgert sich die deutsche Mittelschicht darüber, dass die Strompreise steigen oder der Skiurlaub in den Alpen ausfallen könnte, weil die Schneefallgrenze steigt. Doch auch in Deutschland artikulieren sich sowohl die direkten Folgen des Klimawandels als auch die Implikationen politischer Strategien, die zur Lösung des Problems ergriffen werden, sozial differenziert. So sehen sich Niedrigverdiener_innen zunehmend mit dem für Deutschland neuen Phänomen der „Energiearmut“ konfrontiert, wenn der Strom aufgrund nicht gezahlter Rechnungen abgeklemmt wird und die Nebenkosten zur „zweiten“ Miete werden. Insgesamt verschärfen sich bestehende und entstehen neue Ungleichheiten und Verteilungskonflikte.

Drittens suggeriert die UN-moderierte multilaterale Klimapolitik (und andere Bereiche der Umweltpolitik), dass Expert_innen, Staats- und Regierungschefs aller Staaten „gemeinsam“ und unterstützt von innovativen Unternehmen und solidarischen Umweltverbänden das Problem lösen wollen und können. Dieser Politik wird bislang gesellschaftlich ein hohes Vertrauen entgegengebracht. Es scheint den Regierenden im Netzwerk mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu gelingen, ihre eigene Legitimation über ein globales, oftmals rein symbolisches umweltpolitisches Engagement zu erzeugen. Ungeachtet aller Kontroversen im Detail ist die Zielmenge klar definiert: 2°C durchschnittliche Erderwärmung erscheint der Politik als akzeptabel, zuletzt wurde sich beim G8-Gipfel im Juli 2009 in L'Aquila darauf verständigt und auch viele NGOs wie Greenpeace, Germanwatch oder der WWF unterstützen dieses Ziel und übernehmen die Rolle, die Politik zu entsprechenden Schritten anzutreiben. Die Festlegung auf eine Grenze erweckt allerdings den Anschein, die Natur sei berechenbar und technokratisch steuerbar, obwohl in wissenschaftlichen Berichten aufgrund der Unsicherheiten bei den Prognosen immer große Bandbreiten möglicher Änderungen eingeräumt werden. Ein solches global-technokratisches Umweltmanagement blendet somit aus, dass jede Grenzziehung immer eine normative und vor allem politische Setzung ist, die die herrschenden Machtverhältnisse widerspiegelt. 2°C durchschnittliche Erwärmung wären für die Länder der gemäßigten Breiten vielleicht noch kein allzu großes Problem – für viele Staaten des Südens sind die prognostizierten Folgen alles andere als „akzeptabel“.

Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass der breite gesellschaftliche Klimakonsens den Blick auf zentrale Interessenkonflikte und Widersprüchlichkeiten verdeckt. Kaum thematisiert wird – und dies gilt bis ins NGO-Spektrum hinein –, dass und wie Klimawandel und

Ressourcennutzung mit dem kapitalistischen Produktionsmodell und dem Lebensstil insbesondere in den Metropolen, aber auch der Eliten im globalen Süden systematisch zusammenhängen. Dies wird deutlich, wenn die systemimmanenten Widersprüche und Blindstellen, die sich in der Krise des Klimawandels manifestieren, und die politischen Reaktionsmuster in den Blick genommen werden. Der kapitalistische Akkumulationszwang in Verbindung mit einem Fortschrittsglauben verursacht also erst den Klimawandel. Die Klimapolitik reagiert darauf, indem die sozial-ökologischen Probleme zwar größtenteils anerkannt werden, jedoch im Rahmen der Marktlogik reguliert werden sollen. Die Instrumente der Wahl sind (spätestens seit Implementierung des Kyoto-Protokolls) marktgesteuerte und technologiebasierte Mechanismen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen – wie Emissionshandel, der Mechanismus für saubere Entwicklung (CDM = Clean Development Mechanism), eine sogenannte Effizienzrevolution sowie neuartige Formen technologischer Naturbeherrschung wie die gegenwärtig erprobte Abscheidung und anschließende unterirdische Lagerung von CO₂ (CCS = Carbon Capture and Storage).

Kurz: Diejenigen Marktkräfte, die die sozial-ökologische Krise verursachen, sollen sie systemimmanent auch lösen. Die Konvergenz zwischen teilweise symbolischen Bearbeitungsformen auf der einen Seite und Wachstumsstrategien auf der anderen innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft wird hier mehr als deutlich. Während Energie-Multis ernsthaften Klimaschutz bekämpfen, um ihre Akkumulationsbasis zu verteidigen, versuchen sie dennoch Klimaschutz – wenn auch oft nur symbolisch – in ihre Konzernstrategien zu integrieren. Ökologische Modernisierung wird so zum Zauberwort „unserer gemeinsamen Zukunft“.

In der Krise wird von umweltpolitischer Seite auch ein so genannter Green New Deal propagiert, etwa vom UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) oder der grünen Partei in Deutschland. Hierbei soll durch staatliche Förderung und teilweise Regulierung ein neuer Akkumulationszyklus in Gang gesetzt werden, der in einer Art von „Ökokapitalismus“ mündet: durch geregelte Zuteilung der Naturressourcen bzw. der globalen Gemeinschaftsgüter sollen „Umweltkosten“ internalisiert, d.h. vom „Verursacher“ getragen und somit letztlich wirtschaftliche und ökologische Ziele versöhnt werden. Ein solcher Ansatz bedeutet jedoch eher eine fortschreitende Expansion des kapitalistischen Weltsystems, indem weitere gesellschaftliche Bereiche der Verwertungslogik unterworfen werden. Umweltaneignung und -zerstörung werden so kaum verhindert, sondern in noch stärkerem Ausmaß als bisher nur noch denjenigen gestattet werden, die sie sich finanziell „leisten“ können.

Bereits mit der aktuellen Klimapolitik werden öko-koloniale Strukturen etabliert und aufrecht erhalten. Dies äußert sich beispielsweise im CDM, der mit dem Ziel der Förderung einer „nachhaltigen“, „sauberen“ Entwicklung in den Ländern des Südens angetreten ist. Als Teil herrschaftsförmiger Problembearbeitung bietet er die Möglichkeit, unliebsame Reduktionsmaßnahmen von Nord nach Süd zu verlagern. Nicht vor der eigenen Haustür reduzieren die Energieversorgungsunternehmen ihre CO₂-Emissionen, sondern in den Ländern, in denen es wenig kostet. Damit heften sie sich gleichzeitig ein „grünes“ und ein „soziales“ Image an. Daneben zeigt sich, dass etwa die Reduzierung der weltweiten „Energiearmut“ durch den Ausbau dezentraler erneuerbarer Versorgungssysteme beim CDM komplett außen vor bleibt. Investitionen im Bereich erneuerbarer Energien fließen primär in zentral gesteuerte Großprojekte, die häufig

4) Verwundbarkeit kann allgemein als Ausdruck risikobehafteter Existenzbedingungen verstanden werden und beschreibt die Fähigkeit von Menschen oder sozialen Gruppen, mit Risiken umzugehen bzw. Krisen bewältigen zu können.

neue lokale bis regionale sozial-ökologische Konfliktlagen produzieren, die in keiner Kohlenstoffbilanz auftauchen. Beispiele hierfür sind Aufforstungsprojekte in Form von Monokulturen, die Förderung genetisch veränderter Nutzpflanzen oder das aktuell in Planung befindliche Solarkraftwerk Desertec.

Die herrschende Form der Krisenregulierung beschränkt sich jedoch nicht auf marktförmige Instrumente. Es zeichnet sich ab, dass der diskursiv verbreitete Alarmismus auch dazu herhalten wird, repressive staatliche Politiken im Namen von „Ökosicherheit“¹ zu rechtfertigen. In anderen Feldern der Umweltpolitik sind solche Politiken bereits seit längerem Realität – etwa wenn in Ländern des Südens die lokale Bevölkerung vertrieben wird, um Naturschutzgebiete oder Raum für „klimafreundliche“ Maßnahmen wie großflächige Forstgebiete, Anbaugelände für Agrotreibstoff oder Staudämme zur Stromerzeugung zu schaffen.

Alternative Sichtweisen und Praxen

Unserem Verständnis nach steht der Klimawandel also im Kontext einer Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Substantielle Bestandteile dieser Krise sind soziale und ökonomische Fragen der Teilhabe an und des Zugangs zu Gütern und Leistungen, Geschlechterverhältnisse, die agroindustrielle Nahrungsmittelproduktion, Mobilitäts- und Konsumverhalten, kapitalistische Akkumulationsstrategien und herrschaftsförmige Entscheidungsprozesse sowie Möglichkeiten des Widerstands gegen diese. Ein „Herumdoktern“ an hegemonial abgesicherten Instrumenten der Klimapolitik hilft nicht weiter, solange Blindstellen nicht aufgedeckt und breit diskutiert werden. Gerade im Rahmen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise könnte einerseits eine eventuell größere Offenheit, auch grundsätzliche „Systemfragen“ zu stellen, genutzt werden. Andererseits sind gerade in dieser Situation Gegenstimmen gegen den Diskurs der Systemstabilisierung um jeden Preis wichtig, die deutlich machen, dass ohne eine grundsätzliche Umorientierung weder der ökonomischen noch der ökologischen Krise etwas entgegengesetzt werden kann.

Was sind Alternativen? Perspektivisch geht es um die Entwicklung einer emanzipatorischen sozial-ökologischen Bewegung, die fähig wäre, Klimagerechtigkeit und globale soziale Rechte zu fordern und zu deren Durchsetzung beizutragen. Es geht also nicht um ein romantisches „Zurück zur Natur“ und auch nicht um ein „Wohlfühlprogramm für die Mittel- und Oberklasse“ (ARAB 2008) in den kapitalistischen Zentren. Eine solche Bewegung würde stattdessen eine radikale Orientierung an Gebrauchswerten und ein solidarisches Miteinander einfordern. Dies schließt die perspektivische Überwindung der herrschaftsförmigen Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse mit ein.

Eine emanzipatorische Positionierung – auch bezüglich sozial-ökologischer Kämpfe um Veränderungen – beginnt damit, die herrschenden Darstellungen und Definitionen von „Problemen“ kritisch zu reflektieren. Hier geht es ganz wesentlich um die Wahl der Begriffe, mit denen das Problem zu fassen versucht wird – sie sind nicht neutral. Begriffe und Konzepte prägen Handeln, sie gestalten Korridore der Problemlösung, machen bestimmte Aspekte des Problems sichtbar und lassen andere im Dunkeln. Manchmal bestimmen gesellschaftliche Diskurse auch Begriffe, durch die der Blick von anderen Probleme

ablenkt wird. In diesem Sinne organisieren Begriffe die Wahrnehmung von Welt und produzieren Erkenntnis.

Die sozial-ökologische Krise – insbesondere der Klimawandel – wird im herrschenden Diskurs als „Umweltproblem“ definiert, als Ausweg wird „nachhaltige Entwicklung“ propagiert. Der Klimawandel erscheint als im Rahmen der bestehenden Verhältnisse „beherrschbar“ und Lösungen werden gleich mitgeliefert: Wie gesehen wird eine Kombination aus marktförmigen – zunehmend auch repressiven – Instrumenten und technischen Innovationen als Königsweg der Problembearbeitung präsentiert, sofern diese nicht gänzlich auf der Ebene symbolischer Politik verharrt. Sprechen wir stattdessen jedoch von einer Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, gerät in den Blick, dass ausbeuterische Formen der Aneignung von Natur mit sozialen Herrschaftsverhältnissen verwoben sind. So sind die dominanten Produktions- und Konsumformen durch gesellschaftliche Machtverhältnisse bestimmt. Dies betrifft beispielsweise die Formen und Verfügbarkeit von Mobilität oder auch die Einführung neuer Technologien wie etwa von gentechnisch manipuliertem Saatgut. Technologie ist nicht neutral, sondern steht immer im Kontext konkreter Interessen und ist vor diesem Hintergrund zu bewerten.

Was bedeutet diese Verschränkung von Sozialem und Ökologischem? Zum einen zeigt sich, dass sich in ökologischen Konflikten soziale Fragen artikulieren, dass sich gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse ganz zentral darüber herstellen und reproduzieren, wer den Zugang zu natürlichen Ressourcen kontrolliert bzw. die „Umweltbedingungen“ gestaltet, und dass herrschaftskritische Kämpfe um Ressourcenkontrolle ein entscheidendes Moment der Befreiung von Herrschaft sind. Zum anderen schreiben sich Herrschaftsverhältnisse in den Umgang mit Natur ein. Die sozial-ökologische Krise ist kein Betriebsunfall der kapitalistischen Produktionsweise, der durch ökologische Modernisierung derselben zu beheben wäre. Sie gründet vielmehr in den Funktionsprinzipien dieser Produktionsweise (Kapitalakkumulation als dominanter Zweck statt Bedürfnisbefriedigung), sowie in deren Vermittlung mit patriarchalen und rassistischen Herrschaftsverhältnissen. Entscheidend ist dabei nicht, dass eine Naturaneignung stattfindet: Menschen müssen sich die Natur aneignen und ihren Bedürfnissen entsprechend transformieren, um leben zu können. Entscheidend sind vielmehr die konkreten Formen der herrschenden Aneignung, welche ausgerichtet sind auf Profitmaximierung, die damit verbundene klassenförmige, geschlechterspezifische, ethnisch kodierte globale Arbeitsteilung und Ausbeutung sowie auf die Beherrschung von Natur. Die herrschende Umweltpolitik, soweit sie auf Druck gesellschaftlicher Bewegungen versucht, andere Interessen zu berücksichtigen, kollidiert immer wieder mit den Imperativen der Kapitalverwertung und wissenschaftlich-technologischer Naturbeherrschung.

Ein emanzipatorischer Umgang mit der sozial-ökologischen Krise erfordert, gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse offen zu legen, zu kritisieren und zur Disposition zu stellen. Darin unterscheidet sich eine herrschaftskritische Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse von dem, was mit dem inflationär verwendeten Begriff „Nachhaltigkeit“ in Politik, Zivilgesellschaft und Unternehmen zu erreichen versucht wird. Eine solche praktisch werdende Herrschaftskritik richtet sich nicht nur gegen staatliche und Unternehmenspolitiken sowie eine größtenteils affirmative Öffentlichkeit, sondern sie stellt auch die Konstitution naturzerstörerischer, auf die Anhäufung von materiellen Gütern und Besitz als Selbstzweck

5) Der Begriff „Ökosicherheit“ betrifft Sicherheitsbedrohungen durch „ökologische“ Konflikte, etwa um Rohstoffe, aufgrund umweltbedingter Migrationswellen von Süd nach Nord oder Landverteilungskämpfe. (vgl. Brunnengräber/Dietz/Wolff 2008)

getrimmter Subjektivitäten in Frage. Herrschaft ist nicht etwas, das Individuen von außen übergestülpt wird, sondern sie wird von ihnen internalisiert und dadurch auch reproduziert.

Grundlegende Veränderungen gehen nur zum Teil über große Brüche vonstatten. Sie benötigen Zeit und erfordern Lern- und Suchprozesse, in denen konkrete Alternativen zu herrschaftsförmigen Problemlösungen entwickelt werden und ein Erfahrungsaustausch über aktuelle Praktiken ermöglicht wird. Ob und wie sich grundlegende Alternativen in staatlichen Politiken oder in veränderten Produktions- und Konsumnormen verdichten, ist eine Frage sozialer Auseinandersetzungen als Teil emanzipatorischer Lernprozesse. Solche Prozesse – nicht zuletzt: Prozesse der Teilhabe – werden vom Klimahype, von dem damit erzeugten Zeitdruck und der Suche nach schnellen Antworten erschwert. Es gehe darum, so soll uns glauben gemacht werden, „die Welt“ zu retten, und dabei sei Eile geboten. Genau damit wird aber ein herrschaftsförmiger Umgang mit der sozial-ökologischen Krise favorisiert, während Alternativen, die tagtäglich und weltweit in vielfältigen sozialen Konflikten entwickelt und praktiziert werden, als zu geringfügig entwertet oder gar unsichtbar gemacht werden. Insbesondere Staaten und Unternehmen – sekundiert durch Medien und den „Druck“ aus der so genannten Zivilgesellschaft – reklamieren ihre Zuständigkeit. Der Staat sugge-

riert die Schaffung anderer Rahmenbedingungen, damit das kapitalistische und imperiale Normalgeschäft weitergehen kann. Die Unternehmen besetzen den Nachhaltigkeitsbegriff, um ihre Geschäfte weiter zu betreiben und zu legitimieren. Aus einer radikalen sozial-ökologischen wie auch internationalistischen Perspektive wird hingegen deutlich, dass die herrschenden Formen und Vorstellungen von (nachhaltiger) Politik und Produktion ein zentrales Problem sind.

Wichtig ist deshalb, soziale Rechte und politische Partizipationsrechte einzufordern und zu erkämpfen – und zwar nicht nur abstrakt. Die Erfahrungen, Kritiken und theoretischen Einsichten sozialer Bewegungen in Kämpfen um die Aneignung von Natur müssen als unabdingbarer Teil des nötigen Suchprozesses wahrgenommen werden. Oft verweisen sie auf Möglichkeiten eines weniger herrschaftsförmigen Umgangs mit Natur, die vom politischen und wissenschaftlichen Mainstream entweder vernachlässigt oder als lokale Nischenstrategie – angesichts der Tatsache, dass es ja ums globale Ganze (die Welt, die Zukunft der Menschheit etc.) gehe – abgetan werden. Teil einer internationalistischen Strategie ist dabei nicht zuletzt, sozialen Bewegungen aus dem globalen Süden die Möglichkeit zu verschaffen, mit ihren Positionen gehört zu werden und Wissen und Erfahrungen bezüglich schon entwickelter Widerstandsstrategien und Umgangsweisen zu teilen.



BUKO Arbeitsschwerpunkt Soziale Ökologie
Kontakt: mail@buko.info

Literatur:

Antirassismusbüro Bremen (ARAB), 2008: Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat. Ein Text zu Klimawandel, sozialer Frage und Aktionsperspektiven. Unter: <http://www.papiere-fuer-alle.org/node/401> (24.9.2009)

Brunnengräber, Achim; Dietz, Kristina & Wolff, Simon, 2008: Klima-Kapitalismus der EU. Klimaschutz als Wettbewerbspolitik. In: Widerspruch, Heft 54, Jg. 28, S. 41-52.

EU-Kommission, 2008: 20 und 20 bis 2020 – Chancen Europas im Klimawandel. Brüssel, 23.1.2008. Unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52008DC0030:D E:NOT> (24.9.2009)

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), 2007: Climate Change 2007. Synthesis Report. Unter: http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr.pdf (24.9.2009)

von Lucke, Albrecht, 2009: Leerstelle Konservatismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, S. 5-8.

Missbach, Andreas, 1999: Das Klima zwischen Nord und Süd. Eine regulationstheoretische Untersuchung des Nord-Süd-Konflikts in der Klimapolitik der Vereinten Nationen. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Stern, Nicholas, 2006: Stern Review on the Economics of Climate Change. Unter: http://www.hm-reasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/sternreview_index.cfm (24.9.2009)